

Brüssel, den 16. Juni 2004

Bei seiner kommenden Tagung – der ersten im auf 25 Mitgliedstaaten erweiterten Kreis – ist der Europäische Rat aufgerufen, vor dem Hintergrund einer kontrastreichen politischen Landschaft Entscheidungen zu treffen, die die Geschichte der EU und ihrer Völker zeichnen werden.

Unsere Mitbürger haben bei den Wahlen zum Europäischen Parlaments ihre Meinung zum Ausdruck gebracht. Die Wahlergebnisse berühren uns in zweifacher Weise:

Zum einen wegen der sehr niedrigen Wahlbeteiligung besonders in einigen Staaten, die eben erst der EU beigetreten sind, und zum anderen, weil unverblümt antieuropäische Standpunkte an Boden gewonnen haben.

Beide Aspekte hängen miteinander zusammen. Es wäre ein Fehler, die Erklärung lediglich dem allgemeinen Trend zur Politikverdrossenheit der Bürger und dem Mangel an Informationen über Europa zuzuschreiben.

Die Botschaft ist einfach und klar: Viele europäische Bürger finden im Handeln der EU keine Antworten auf ihre Erwartungen und empfinden es nicht als nützlich, wählen zu gehen. Andere glauben durch den Rückzug auf den Nationalstaat Antworten in der Gegnerschaft zu Europa zu finden.

Wir müssen auf die Verdrossenheit der einen und auf die Illusionen der anderen reagieren. Diese Reaktion kann nur in der Formulierung eines klaren politischen Projekts bestehen, das von wirksamen, entscheidungs- und handlungsfähigen Institutionen umgesetzt wird.

Diese Chance müssen wir bei der Tagung des Europäischen Rates ergreifen, indem wir eine Einigung zur europäischen Verfassung finden.

Die Einigung auf die europäische Verfassung wäre in der Geschichte der EU politisch und symbolisch ein Großereignis. Sie wäre der krönende Abschluss der Debatte über die Zukunft der EU, die wir durch die Erklärung von Nizza eingeleitet haben. In ihr wurde eindeutig die Herausforderung genannt, die demokratische Legitimität und die Transparenz der EU und ihrer Institutionen zu verbessern und ständig zu gewährleisten, um die EU den Bürgern näher zu bringen. Die Erklärung von Laeken und die Arbeiten

des Europäischen Konvents haben zu einem unerwarteten Ergebnis geführt, das noch vor einigen Jahren unvorstellbar war.

Doch sind die Verfassung, sind die Institutionen kein Selbstzweck, sondern stehen im Dienste eines politischen Projekts.

Wir haben die Pflicht zu zeigen, dass die Verfassung dafür da ist, dass die EU ihre Ziele wirklich erreichen und zum Wohle der Bürger handeln kann. Somit geht es darum, auf der Zielgeraden zu einer politischen Einigung über die europäische Verfassung zu gelangen, die durch legitime und handlungsfähige Institutionen sowie wirksame und verständliche Entscheidungsverfahren den notwendigen Ehrgeiz und die Erwartungen der Bürger erfüllt. Die abschließende Einigung muss sowohl ehrgeizig als auch realistisch sein.

Bei dieser Zusammenkunft habe ich die Ehre, in Ihren Reihen ein letztes Mal die Europäische Kommission zu vertreten. Am Ende dieser erbaulichen Aufgabe, mit der ich vor fünf Jahren betraut wurde, hat die EU viel erreicht: den Euro, die Erweiterung, ein beruhigtes institutionelles Umfeld, die Grundlagen für einen Raum der Freiheit, Sicherheit und Justiz, wesentliche wirtschaftliche Reformen. Doch es liegt auf der Hand, dass noch viel zu tun bleibt. Das wird die Aufgabe des künftigen Präsidenten sein, den Sie benennen und der vom Europäischen Parlament bestätigt werden muss. Ich bin fest davon überzeugt, dass Sie sich bei Ihrer Wahl mehr noch als von der politischen Zugehörigkeit von einer Persönlichkeit leiten lassen sollten, die in der Lage ist, das europäische Gemeinwohl zu vertreten, damit die EU innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen effizient auftreten kann und respektiert wird. Ich kenne die hohen Erwartungen, die auf einem Kommissionspräsidenten lasten. Ihnen obliegt es, das notwendige politische Signal zu geben, um diesen Erwartungen entgegenzukommen und die von der amtierenden Kommission begonnenen Vorhaben weiterzuführen.

Die Verfassung liefert unseren Mitbürgern ein Wertegerüst, Rechte und gemeinsame Ziele. Doch deren konkrete Umsetzung ist Aufgabe der Institutionen. Mit der Arbeit daran wurde insbesondere dank der Entschlossenheit der Kommission begonnen. Ihre Aufgabe ist es von nun an, sie zusammen mit dem neuen Europäischen Parlament und der nächsten Kommission zu einem guten Ende zu bringen.

- Die Debatte über die finanzielle Vorausschau bezieht sich unmittelbar auf die Bereiche, in denen die EU handeln muss, und auf die Mittel für dieses Handeln. Die Kommission

hat Vorschläge im Hinblick auf das Gemeinwohl der EU und ihrer Bürger vorgelegt. Jetzt, da die Verhandlungen über die Legislativvorschläge der Kommission in Kürze in eine konkrete Phase eingetreten, halte ich es für notwendig in Erinnerung zu rufen, was wir ursprünglich vor hatten, nämlich Solidarität in Bezug auf gemeinsame Ziele. Lassen Sie uns also in die Zukunft blicken. Jenseits der Haushaltsdebatte geht es um nicht mehr und nicht weniger als um die Festlegung der politischen Prioritäten der EU für die kommenden Jahre und darum, die EU mit angemessenen Mittel auszustatten, um zum Wohle der Bürger handeln zu können. Es steht Entscheidendes auf dem Spiel und unser Ehrgeiz muss entsprechend hoch sein.

- Ferner muss der Europäische Rat die Arbeiten auf der Weg bringen, die zur Annahme des Programms Tampere II führen, um die Grundlagen des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu stärken. In diesem Bereich wurden erhebliche Fortschritte erzielt und wir müssen diese Dynamik entschieden fortschreiben.

- Wachstum und Beschäftigung sind nach wie vor Hauptanliegen unserer Mitbürger und eine absolute Notwendigkeit, um unsere Wirtschaft und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen. Die Hochrangige Gruppe hat unter Vorsitz von Wim Kok ihre Arbeiten im Hinblick darauf begonnen, nächstes Jahr eine Halbzeitüberprüfung der Strategie von Lissabon durchzuführen. Diese Gelegenheit sollte genutzt werden, um die Richtung unseres Handelns in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik neu zu bestimmen.

- Auf Grundlage der ersten Vorgaben dieses Europäischen Rates schließlich wird die EU ihren geografischen und politischen Horizont bestimmen. Einige Wochen nach der Erweiterung auf zehn neue Länder richtet Europa mit der Anerkennung des Kandidatenstatus Kroatiens eine Botschaft der Hoffnung und der Öffnung an die Balkanländer. Dieses Vorhaben ist ebenso schwierig und anspruchsvoll wie der Abschluss der Verhandlungen mit Rumänien und Bulgarien und die Weiterbehandlung des türkischen Antrags auf EU-Mitgliedschaft. Es muss unser Bezugsrahmen für die kommenden Jahre bleiben.

Herr Premierminister, dieser letzte Europäische Rat unter irischer Präsidentschaft bietet eine wirkliche historische Chance, Europa zu stärken und zukunftsfähig zu machen. Hoffentlich gelingt es uns, diese Chance zu nutzen.

Romano Prodi